Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 6. Mai	Nr. 584

Reichsleiter Rosenberg auf der Ordensburg Sonthofen.

München, 6. Mai. Am Dienstag stattete Reichsleiter Rosenberg dem Gau Schwaben einen Besuch ab. Er besichtigte in Begleitung des Gauleiters die Ordensburg in Sonthofen.

Dr. Lippert empfängt das Athener Stadtoberhaupt.

Berlin, 6. Mai. Den Abschluß der Empfänge aus Anlaß der Anwesenheit des Athener Oberbürgermeisters Kotzias bildete am Mittwoch früh ein Empfang durch den Stadtkommissar der Hauptstadt Berlin, Dr. Lippert, in dessen Amtsräumen.

Nach der Begrüßung überreichte Oberbürgermeister Kotzias, der von Regierungsrat Bade vom Propagandaministerium begleitet war, dem Stadtkommissar als symbolische Ehrengabe der griechischen Hauptstadt einen Lorbeerzweig, ferner eine Plakette der Stadt Athen und eine auf Pergament geschriebene Glückwunschadresse der Athener Bevölkerung.

Stadtkommissar Dr. Lippert übergab dem griechischen Gast ein Reiterstandbild Friedrichs des Großen aus der Staatlichen Prozellanmanufaktur als Ehrengastgeschenk der Stadt Berlin zur bleibenden Erinnerung an den Aufenthalt in der Reichshauptstadt.

Anschließend blieben die Stadtoberhäupter noch einige Zeit in angeregter Unterhaltung über kommunalpolitische Fragen zusammen.

Um 10 Uhr fuhr der Athener Oberbürgermeister nach Dresden ab, um noch einige Tage in der sächsischen Landeshauptstadt Aufenthalt zu nehmen.

Minister Rosfoni in Hamburg.

Hamburg, 6. Mai. Die landwirtschaftliche Besichtigungsfahrt des italienischen Ministers Rosfoni fand am Mittwoch früh in Hamburg ihren Abschluß. Zum Abschied des Gastes war auf Befehl des Reichsführers SS ein Ehrensturm der Leibstandarte am Hauptbahnhof angetreten. Der italienische Minister schritt die Front ab und begab sich dann zum Zuge, der ihn nach Dortmund zu einem Besuch des rheinisch-westfälischen Industriegebietes führte.

Ermäßigung für Arbeitsmänner in Filmtheatern.

Berlin, 6. Mai. Der Präsident der Reichsfilmkammer hat eine Anordnung erlassen, die den Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes in Uniform bis zum Obertruppführer aufwärts die gleichen Eintrittspreise bei dem Besuch von Filmtheatern einräumt, wie sie Militärpersonen im Mannschaftsdienstgrad bereits zugebilligt worden sind.

Demnach sind die Filmtheater berechtigt, auch Arbeitsmännern auf allen Plätzen eine Eintrittsermäßigung bis zu 50 v. H. der normalen Eintrittspreise zu gewähren. Der Mindest-Eintrittspreis darf nicht weniger als —,30 RM betragen. Bezieherpersonen haben die normalen Eintrittspreise zu zahlen.

Warschauer Hochschulen unter jüdischem Terror.

Warschau, 6. Mai. Der Senat der Warschauer Technischen Hochschule beschloß, die wegen der Studentenunruhen am 2. und 4. d. M. angeordnete Einstellung der Vorlesungen bis auf Widerruf aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurde einen Disziplinarausschuß zur Feststellung der an den Unruhen Schuldigen ein.

Seitens der Studentenschaft wird betont, daß die letzten Zusammenstöße durch das Auftauchen jüdisch-kommunistischer Stoßtrupps an der Technischen Hochschule hervorgerufen worden seien.

Im Laufe des Dienstag versuchten derartige Stoßtrupps, die nicht nur aus Studenten, sondern auch aus mit Schlagringen und Knüppeln bewaffneten jüdischen Arbeitern bestanden, in die Hörsäle einzudringen. Die Polizei konnte diesen Versuch aber verhindern. Eine Gruppe der Rubestörer zog durch einige Straßen und zertrümmerte die Fensterscheiben in den Schriftleitungen des „Zaas" und des „Goniec Warszawski".

Verhaftung eines kommunistischen Agenten in Warschau.

Warschau, 6. Mai. In Dirschau wurde ein kommunistischer Agent verhaftet, dem die polnischen Behörden seit vielen Jahren auf der Spur sind, der sich aber bisher immer der Verhaftung hatte entziehen können. Es handelt sich um einen gewissen Jakob Kohl, der mit einem gefälschten dänischen Paß unter dem Namen Ornafson reiste. Kohl war als Bauftrager der Komintern Verbindungsmann zu den kommunistischen Parteien westlicher Länder und unternahm von Polen aus häufige Reisen nach Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Dänemark und England.

Das britische Kabinett zusammengetreten.

London, 6. Mai. Das britische Kabinett trat am Mittwoch vormittag zu der vorgesehenen Sitzung zusammen, in der hauptsächlich die Haltung der Regierung für die am Mittwoch nachmittag stattfindende Unterhausaussprache über die Abessinien-Frage festgelegt wurde. Man darf annehmen, daß die Unterhaussitzung sehr lebhaft werden wird, da Befürworter und Gegner der Sanktionspolitik mit ziemlicher Schärfe zusammenstoßen werden, während die Regierung selbst Zurückhaltung bewahren dürfte. Sie will sich nach zuverlässigen Berichten darauf beschränken, eine Tatsachendarstellung zu geben, will aber nichts über die zukünftige Haltung in der abessinischen Frage selbst sagen.

Für die Regierung wird zunächst Eden die Aussprache eröffnen. Für die Opposition werden Dalton (Arbeiterpartei), Lee Smith (Arbeiterpartei) und Sir Archibald Sinclair (liberal) sprechen. Ob Churchill sprechen wird, ist noch unbestimmt. Die Aussprache wird durch Unterstaatssekretär Lord Cranborne abgeschlossen werden.

Eden übernimmt den Vorsitz der Genfer Ratstagung.

London, 6. Mai. Wie amtlich verlautet, wird der englische Außenminister Eden endgültig den Vorsitz bei der Genfer Ratstagung am Montag übernehmen.

Annahme der englischen Sondergerichtsvorlage.

London, 6. Mai. Der Vorschlag der Regierung, zur Untersuchung des Budgetskandals ein mit weitesten Vollmachten ausgestattetes Sondergericht zu ernennen, wurde am Dienstag in später Nachtstunde vom Unterhaus ohne weitere Abstimmung angenommen.

Die ernsten Ausführungen des Schatzkanzlers in dieser Angelegenheit lassen darauf schließen, daß die Regierung die Forderung der Oeffentlichkeit nach einer rücksichtslosen Untersuchung des Falles anerkennt und sich nicht scheuen wird, alles zu unternehmen, um die Schuldigen festzustellen, die das Vertrauen ihres Amtes mißbraucht haben.

Eine Aeußerung Baldwins über die Sühnemaßnahmen.

London, 5. Mai. Der konservative Abgeordnete Sandys fragte im Unterhaus den Ministerpräsidenten, ob die britische Regierung beabsichtige, in Genf auf die Zurückziehung der wirtschaftlichen Sühnemaßnahmen gegen Italien zu drängen.

Baldwin erwiderte: „Die zukünftige Politik in Bezug auf den italienisch-abessinischen Konflikt wird von den betroffenen Staaten auf der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundsrates gemeinsam erwogen werden. Ich kann heute keine weiteren Erklärungen abgeben."

Vor Ueberreichung des englischen Fragebogens.

London, 6. Mai. Ueber die in Form eines Fragebogens an Deutschland gerichtete Denkschrift erfährt der diplomatische Korrespondent der „Times", daß sie voraussichtlich Donnerstag oder Freitag dem britischen Botschafter in Berlin zur Weiterleitung an die deutsche Regierung zugestellt werden wird. Die Rückfragen beziehen sich sowohl auf die Vorschläge des Reichskanzlers vom 7. März wie auf die deutschen Denkschriften vom 24. und 31. März. Der Text des britischen Fragebogens wird vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Gleichzeitig mit der Ratstagung werden in Genf die Locarnomächte außer Deutschland zusammentreten. Vor drei Wochen hat der Generalsekretär des Völkerbundes die deutsche Regierung davon verständigt, daß die Rheinlandfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt werden werde und daß Deutschland einen Vertreter nach Genf entsenden möge.

Der diplomatische Berichterstatter des **Daily Telegraph** schreibt, Deutschland nimmt sicherlich bemüht, die Gelegenheit, von Deutschland eine wirkliche Aufklärung über eine Anzahl von Fragen in Bezug auf den deutschen Vorschlag zu erhalten, nicht durch eine öffentliche Erörterung von vornherein zu gefährden. Die Regierung habe deshalb beschlossen, das Schriftstück nicht zu veröffentlichen.

Gerüchte über die Neubildung des französischen Kabinetts.

Paris, 5. Mai. In parlamentarischen Kreisen sind die verschiedensten Gerüchte über die bevorstehende Neubildung des Kabinetts in Umlauf.

Einerseits will man wissen, daß das Kabinett Sarraut unverändert bis zum Juni weiterbestehen wird, andererseits rechnet man mit einer früheren Aenderung, weil einige gemäßigte Mitglieder der Volksfront liebende Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts die Mitverantwortung für etwaige einschneidende Maßnahmen, die unverzüglich getroffen werden müßten, nicht tragen wollten.

Inzwischen scheint es sich jedoch herauszustellen, daß zunächst keine einschneidenden Maßnahmen vorgesehen sind, und damit wird die Begründung für die Annahme einer Umbildung der Regierung vor dem Juni fortfallen.

In diesem Sinne wird auch die Tatsache bewertet, daß Außenminister Flandin doch noch nach Genf reisen wird. Trotzdem heute noch sehr eingehend mit der Zusammensetzung der neuen Volksfrontregierung, die das Kabinett Sarraut im nächsten Monat abzulösen hätte.

Als Ministerpräsident wird Léon Blum genannt, als Außenminister Herriot oder Paul-Boncour, als Finanzminister Vincent-Auriol, als Innenminister Sarraut, als Justizminister der gegenwärtige Inhaber dieses Amtes, Delbos, als Kriegsminister Daladier und als Unterrichtsminister de Monzie. Diese Zusammensetzung ist mit einigem Vorbehalt aufzunehmen. Auf alle Fälle steht es an einer Verständigung zwischen den zuständigen Fraktions- und Parteiführern, die bisher noch nicht erfolgt ist, ebenso wie an einer Einigung über ein festumrissenes Regierungsprogramm.

Léon Blum gegen eine „Finanz- und Währungspanik".

Paris, 6. Mai. Die weitere Entwicklung der innerpolitischen Lage und der Devisenzugsfrage stehen im Mittelpunkt der Erörterungen der Pariser Morgenpresse. Das Kabinett Sarraut will sich möglichst passiv verhalten, um den Kurs der neuen Kammermehrheit nicht unnötigerweise festzulegen. Wie sich die Regierung Sarraut verhält, falls in der Zeit bis zum Zusammentritt der neuen Kammer und dem dann erfolgenden Uebergang der Regierung an die Volksfront-Mehrheit Ereignisse eintreten sollten, die eine Betätigung des Regierungsapparates erfordert, ist noch nicht geklärt und läßt sich auch vorläufig noch nicht klären.

Für das **Journal** steht fest, daß Präsident Lebrun etwa am 2. Juni eine Persönlichkeit der Sozialistischen Partei mit dem Auftrag der Regierungsbildung betrauen wird.

Im **Petit Parisien** erklärt der Sozialist Paul Faure: „Wir bilden die Regierung mit den anderen Volksfront-Parteien. Wenn nötig, ist die Sozialistische Partei sogar bereit, allein das Kabinett zu bilden."

Zur Finanz- und Währungsfrage erklärt Léon Blum im **Populaire**, die Volksfront sei gegen eine Finanz- und Währungspanik. Das **Oeuvre** bezeichnet die Höhe des Goldabflusses der letzten drei Tage mit eineinhalb Milliarden Franken. Der **Populaire** will wissen, daß nicht nur Kriegsminister Piétri und Landwirtschaftsminister Thellier, sondern anscheinend auch Finanzminister Regnier für den sofortigen Rücktritt des Kabinetts in der Kabinettssitzung eingetreten seien. Offenbar hätten sie den Wunsch gehabt, die Verantwortung für die Ereignisse bis zum Kabinettswechsel auch schon der neuen Mehrheit zu übertragen. Aus den Blättern geht hervor, daß die Bank von Frankreich nicht das Vertrauen der Volksfront-Kreise genießt.

Die sachlichen Maßnahmen der Regierung Sarraut zur Verteidigung des Franken bis zum Regierungswechsel scheinen auf die Möglichkeiten abgestellt zu sein, die die Bank von Frankreich treffen kann, also Diskont-Erhöhung, um die mit geborgten Geldern durchgeführten Spekulationen auf Abwertung des Franken abzuwürgen. Es soll eine Fachbesprechung darüber stattfinden, an der nicht nur der Ministerpräsident und der Gouverneur der Bank von Frankreich, sondern möglicherweise auch die Vorsitzenden der hauptsächlichsten neuen Mehrheits-Parteien teilnehmen sollen.

Finanzminister Regnier ist gegen eine Sperre der Goldausfuhr und eine Devisenkontrolle, da seiner Ansicht nach solche Maßnahmen zur Abwertung führen würden, die die Regierung nicht wünscht. Trotzdem plant man eine Erschwerung des Goldankaufes dadurch, daß über die Person des Käufers Ausskünfte eingeholt werden. Eine „Ausrichtung der französischen Währung" würde, wie man in der Regierung Sarraut nahestehenden Kreisen erklärt, als sofortiges Gegengewicht Maßnahmen zur Ueberwachung der Preisgestaltung, zur Schaffung eines Währungsausgleichsfonds und zur Bindung der Währung an ein bestimmtes Goldgewicht erfordern. Derartige Reformen könnten aber von einer Zwischenregierung nicht durchgeführt werden.

Politische Unruhen in Marseille.

Paris, 5. Mai. Am Dienstag kam es im Hafenviertel von Marseille im Verlauf einer politischen Aussprache über den Wahlausgang zu einer Schlägerei zwischen Arbeitslosen und Mitgliedern einer politischen Parteigruppe. Mehrere Schüsse wurden gewechselt, eine Person getötet und mehrere verletzt.

Die künftige Politik Frankreichs gegenüber Italien.

Paris, 6. Mai. In der französischen Presse wird die Niederlage Abessiniens mit ihren Rückwirkungen weiterhin eingehend erörtert. Der **Matin** beschäftigt sich vorwiegend mit England und fragt, weshalb Baldwin die Ohnmacht des Völkerbundes im abessinischen Fall als bittere Erniedrigung empfinde, obwohl er diese Empfindung beim Verlagen des Völkerbundes in anderen Fällen nicht gehabt habe. Baldwin scheint sein eigenes Verantwortungsbewußtsein zu übertreiben. Gödsthens dürfe er davon sprechen, daß ihm peinlich zumute sei . . ., weil er auf ein schlechtes Pferd gesetzt habe.

Das **Echo de Paris** nimmt als einzige französische Morgenzeitung bereits auf die Erklärungen Hoares und Mussolini dem „Daily Mail"-Berichterstatter Ward Price gab und spricht sich dabei gegen den Gedanken einer „Staatenhierarchie" aus.

Die Außenpolitikerin des **Oeuvre** fürchtet die revolutionäre Macht des heutigen Italien in Europa. Es könne in Zukunft seine Heere durch abessinische Soldaten verstärken. Welchen Weg Frankreichs Politik einschlagen wird, läßt die Außenpolitikerin des Blattes für heute unbeantwortet. Sie überläßt die Antwort der neuen Volksfrontregierung und gewährt rückblickend nur, daß sich London ohne den Einzug der italienischen Truppen in Addis Abeba mit dem Vorschlag nach Paris gewandt habe, Frankreich möge eine Vermittlungsrolle zwischen London und Rom vorbereiten.

Die **Journée Industrielle** setzt sich für eine Anpassung der französischen Italienpolitik an die gegebenen Tatsachen, für die Aufhebung der Sanktionen und für die Reform des Völkerbundes ein.

Le Jour erklärt, das Werk des Völkerbundes sei gleich null gewesen. Die Sanktionen hätten Frankreich ruiniert, ohne denen zu nutzen, die sie forderten.

Bottai Zivilgouverneur von Addis Abeba.

Rom, 6. Mai. Marschall Badoglio hat den Gouverneur von Rom, Bottai, der den abessinischen Feldzug als Kriegsfreiwilliger mitgemacht hat und am Dienstag an der Spitze des italienischen Heeres in Addis Abeba einzog, zum Zivilgouverneur von Addis Abeba ernannt. Mit dieser Maßnahme wird die verwaltungsmäßige Neuordnung des abessinischen Kaiserreiches eingeleitet.

Die Stimmen der norditalienischen Presse.

Mailand, 6. Mai. Die Turiner **Gazzetta del Popolo** stellt neben der militärischen Niederwerfung und der Besitzergreifung von Abessinien den Gedanken des römischen Friedens in den Vordergrund ihrer Betrachtungen. Mussolini habe mit Recht auf sein am 2. Oktober v. Js. gegebenes Versprechen hingewiesen, vermieden zu wollen, daß der Krieg von Afrika nach Europa übergreife, weil ein Krieg in Europa das Ende der westlichen Zivilisation bedeuten würde.

Ein Krieg in Europa wäre jetzt nicht weniger katastrophal als vor drei Monaten. Dies müsse jedem wiederholt werden, der das gefährliche Experiment versuchen wollte, den römischen Frieden zu stören, den Italien in Abessinien errungen habe. Italien bedrohe niemand.

In der Rede Mussolinis sei nicht eine Spur von Groll gewesen, keine Bedrohung, aber der entschiedene und eiserne Wille, alle Rechte des Sieges zu verteidigen, sowie die Bereitschaft, mit der gleichen Begeisterung die Waffen wieder aufzunehmen. Dies müsse klar und deutlich ausgesprochen werden. Man dürfe nicht glauben, daß man Italien gegenüber jetzt den gleichen Streich spielen könne, wie dies in Versailles geschehen sei.

Im Vittorio Veneto sei Italien betrogen worden, mit Addis Abeba werde dies nicht geschehen.

Corriere della Sera schreibt, das zweifach, von Abessinien und von der Völkerbundsverschwörung, angegriffene Italien habe an der militärischen Front ebenso den Sieg errungen wie an jener der Sanktionen. Es habe den Tag des Sieges nicht in den Kanonendonner liegend und ans Elend gebracht erreicht, wie viele gehofft hätten, sondern gefestigter, versüngter und kühner, als es zu Beginn des großen Unternehmens gewesen sei. Mussolini habe mit der ganzen Nation gesiegt und diese erkenne in ihm den Meister ihres ewigen Schicksals.

Abessinien sei italienisch geworden, nicht durch Raub, sondern durch eine ehrliche Eroberung, nicht durch das brutale Gesetz der Gewalt, sondern durch das logische Gesetz der Geschichte. Abessinien sei italienisch und werde es bleiben. Nun gebe es keine Täuschungen mehr, nun sei das Gerüst der künstlich zur Verteidigung eines niemals bestehenden europäischen Abessinien errichteten Völkerbundsmaschinerie zusammengestürzt.

„Genießen wir diesen strahlenden Augenblick ganz", so schließt das Blatt, „morgen werden wir, wenn es nötig sein sollte, die bittere Auseinandersetzung mit den Feinden und den falschen Freunden wieder aufnehmen."

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.